

Nummer 17 - März 1982

Verantwortlich:

Detlef Hengelbrock / Rainer Korte / Hermann Raufhake / Waltraud Schürmeyer / Reinhold Thiede /

Auflage: 100

Preis: -,50 DM

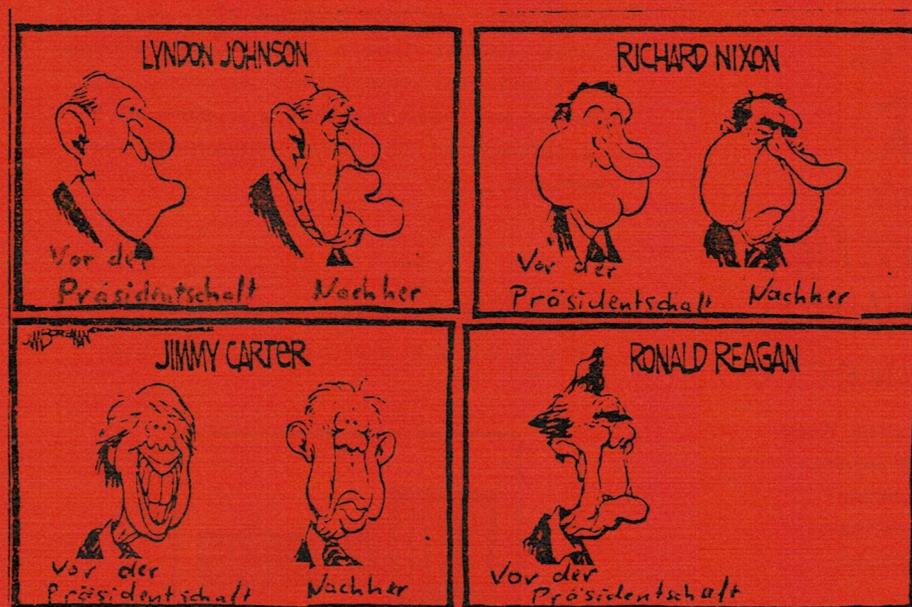
Anschrift: Reinhold Thiede jun., Am Sundern 7, Georgsmarienhütte

Telefon: (05409)1487

Liebe Leser!

Zuerst einmal vielen Dank allen, die uns ihre Meinung zu der vergangenen Ausgabe der ZdJ gesagt, geschrieben oder telefonisch mitgeteilt haben. Wir haben noch nie so viele Reaktionen auf eine Nummer bekommen, ein Überblick, lobende und tadelnde Meinungen, findet sich in diesem Heft.

Einen Schwerpunkt dieser Ausgabe bildet die Diskussion um die Vorgänge in Polen. In unserer Juso-AG sind die Ansichten, was wir in Sachen Polen tun sollten, sehr geteilt; Näheres im Innern dieser ZdJ.



Auf welchen Seiten diese Artikel zu finden sind, kann hier übrigens noch nicht bekanntgegeben werden. Da wir mit dieser ZdJ in ziemlicher Zeitnot sind, muß Hermann die Reihenfolge der Artikel morgen, bevor er zur Fröhschicht geht, noch festlegen - schließlich soll die ZdJ zur Jahreshauptversammlung der SPD fertig sein. EIN BESONDERES

LOB FÜR HERMANN soll deshalb hier ausgesprochen werden!!!

Zum Schluß noch eine Bitte: laßt uns wieder wissen, was ihr von dieser Ausgabe der ZdJ haltet, von einzelnen Artikeln oder allgemein. Nur so kann die ZdJ besser werden!

In diesem Sinne: Laßt von euch hören!!!

Gefährliche Tendenzen

Der Sündenbock scheint wieder einmal gefunden zu sein: Diesmal sind es die Ausländer, besonders die Türken. An Arbeitslosigkeit, Inflation, fehlenden Ausbildungsplätzen - an allem sind "die Türken" schuld.

Professoren verfassen ein Manifest über die Gefährdung der deutschen Rasse. Bundesländer übertreffen sich gegenseitig in der Abschreckung von Asylsuchenden. Politiker, voran die von CDU/CSU, aber zu unserer Schande auch so mancher von der SPD, sprechen vom Mißbrauch des Asylrechts und von Grenzen der Familienzusammenführung der ausländischen Arbeiter.

Es werden Türkenwitze erzählt, die in ihrer Widerwärtigkeit den Judenwitzen von vor 50 Jahren in nichts nachstehen. Damals wurde versucht, ein ganzes Volk auszurotten - jetzt sind auch schon Bomben geflogen! Das deutsche Gemüt zeigt sich in seiner ganzen Häßlichkeit. Zwölf Jahre Tausendjähriges Reich scheinen nicht umsonst gewesen zu sein.



Dabei dürfte klar sein, wer von diesem Fremdenhass profitieren kann, nämlich diejenigen, die durch Fehlinvestitionen, unternehmerische Besserwisseri und hemmungslose Profitgier die wirklich Schuldigen an der Wirtschaftskrise sind.

Es hört sich ja so logisch an: Ausländer raus, und schon sind genug Arbeitsplätze da.

Einmal abgesehen davon, daß es unmenschlich und unchristlich wäre, die ausländischen Arbeiter nun, da sie angeblich nicht mehr gebraucht werden, nach Hause zu schicken - ohne Ausländer geht es nicht mehr. Die Arbeitsplätze, die sie "blockieren", will ja zum großen Teil kein Deutscher

Selbst wenn tatsächlich (was niemand wirklich glaubt) durch das "Nachhause-schicken" der ausländischen Arbeiter unsere Arbeitslosigkeit sinken würde, was würden wir dann bei der nächsten Wirtschaftskrise tun, wer soll dann weggeschickt werden? Die Alten, die Behinderten, die Kranken...?

Außerdem: die Ausländer haben mit ihren Beiträgen die Sozialversicherungen zu einem großen Teil saniert oder dafür gesorgt, daß das Defizit nicht so groß ist. Da ja Überwiegend junge Männer in die Bundesrepublik geholt wurden, sind die ausländischen Arbeiter weniger häufig krank als der durchschnittliche Deutsche, sie müssen aber den gleichen Beitrag zur Krankenversicherung zahlen wie jeder andere. Ohne diese Zahlungen wären unsere Krankenversicherung schon am Ende - und mit der Rentenversicherung ist es ähnlich!

Wir müssen uns davor hüten, uns in Arbeiter erster und zweiter Klasse aufteilen zu lassen. Je uneiniger wir sind, desto einfacher hat es unser "Sozialpartner", uns übers Ohr zu hauen. Für Arbeiter muß das erste Gebot Einigkeit und Solidarität sein - ohne Rücksicht darauf, ob einer Deutscher, Türke oder sonst etwas ist. Unser aller Gegner ist nicht der Kollege, sondern der, der den größten Teil des Ertrages unserer Arbeit als "Gewinn" einkassiert und damit macht, was er will. Und wenn er mal Mist gebaut hat, dann wird die Schuld fix auf einen Sündenbock abgeschoben...!

DIE TAGTÄGLICHE
MENSCHENVERACHTUNG

Bild heute

**Hermannplatz:
Frau von Türken
verschleppt und
vergewaltigt**

11. 7. 71

Neues aus der Juso-AG

Eine Besichtigungsfahrt zur Universität Bielefeld organisierten wir Anfang Februar. Besonders Uwe Spille und Michael Wiek, beide gehen zum Gymnasium Oesede, hatten viel Reklame für diese Fahrt gemacht und kräftig Flugblätter verteilt. Der Erfolg: 20 Personen - zumeist Schüler des Gymnasiums - fuhren mit nach Bielefeld. Alle waren zufrieden mit der Fahrt und dem, was sie in Bielefeld hörten und sahen.

Alles in allem: ein Erfolg - ganz besonders für unsere beiden Schüler!

Das traditionelle Grünkohlessen der Juso-AG fand wieder im Januar statt. Auf die Wahl eines Grünkohlkönigs wurde allerdings in diesem Jahr verzichtet, da wir unserem großen Vorsitzenden nicht wieder, wie im Vorjahr, eine bittere Enttäuschung bereiten wollten. Da wir außerdem als Sozialisten jede Monarchie ablehnen (also auch die Grünkohlmonarchie!) haben wir uns in diesem Jahr ganz auf's Essen konzentriert. Spaß hat's trotzdem gemacht!

Am 20. Februar besichtigten wir den Verlauf der geplanten Trasse der Autobahn A 33. Wir waren tatsächlich einigermaßen geschockt: Wie man eine dermaßen unsinnige Straße durch eine so schöne Gegend bauen kann, ist unbegreiflich. Wir werden alles unternehmen, um diesen Unsinn zu verhindern!

Rainer Korte, Juso-Vorsitzender und auch Vorsitzender im Umweltausschuß des Stadtrates, erarbeitete für die SPD-Fraktion einen "Vorschlag zur Arbeit im Umweltausschuß", der von der SPD übernommen und, wie man hört, auch von der UWG für gut befunden wurde.

Anfang des Jahres führten wir eine große Werbeaktion für die ZdJ durch. Mit der SPD-Monatspost wurde ein Aufruf, die Zeitung zu abonnieren, an alle SPD-Mitglieder geschickt. Wir hatten tatsächlich Erfolg und konnten einige neue ständige Leser vermelden. Schönen Dank!

Trotzdem brauchen wir natürlich noch mehr Abonnenten, damit die ZdJ endlich verlustfrei wird. Jeder, der die Zeitung "nur manchmal" kauft, sollte sich einmal überlegen, ob er nicht abonnieren möchte!

Mitte Februar hatten wir ein Gespräch mit Vertretern der UWG. Wir stellten fest, daß wir in Sachen Umweltschutz, Straßenplanung usw. fast überall einer Meinung waren. Besonders beim Versuch, die A 33 doch noch zu verhindern, werden wir in Zukunft noch enger zusammenarbeiten.

In diesem Zusammenhang: Am Samstag, dem 20.3. soll in Osnabrück eine Demonstration gegen den Bau der A 33 stattfinden, an der sich auch unsere Juso-AG beteiligt. Es sollten möglichst viele Gmhütter teilnehmen!



Leider haben wir noch immer nicht genügend Abonnenten für die ZdJ gefunden, um unsere Zeitung verlustfrei zu drucken. Deshalb unsere erneute Bitte: wer diese Zeitung für sinnvoll hält, möge uns durch ein Abo unterstützen! Wir brauchen die Abos für ein langfristiges Erscheinen, da nur so die Finanzierung zu sichern ist.!

Hiermit abonniere ich die 6 mal im Jahr (plus eine Sondernummer) erscheinende ZdJ für DM⁺ im Jahr, ab Nr. 16.

N A M E :
S T R A S S E :
O R T :

DATUM/UNTERSCHRIFT: _____

⁺) Mindestbetrag pro Jahr 5,- DM !

Bitte ausschneiden und einsenden an: Reinhold Thiede jun., Am Sundern 7, 4504 Gmhütte

Anbiederung nach Rechts

Da gibt eine Sozialdemokratin namens Annemarie Renger ein Buch heraus (fasziniert von Politik"). Dieses Buch erscheint im Seewald-Verlag, einem Verlag, der sich durch eine betont antisozialdemokratische und antimarxistische, konservative und reaktionäre Linie auszeichnet. Dazu paßt dann ergänzend, daß Vorabdrucke von diesem Buch in der 'Frankfurter Allgemeinen Zeitung', der 'Welt' und der 'Welt am Sonntag' erschienen sind.

Wie weit geht sie eigentlich noch, diese widerliche Anbiederung führender Sozialdemokraten an die Rechten, die Deutschenationalen wie Axel Springer; wie weit wollen diese Sozialdemokraten eigentlich noch politisch und sozial nach rechts wandern?

Nicht nur, daß Sozialdemokraten keine Scheu zeigen, mit einem Bundespräsidenten, der in der NSDAP war, aufzutreten; nein, sie helfen der bösartigen Springerpresse auch noch, ihre Schmierblätter voll zu bekommen. Wo ist da eigentlich die Grenze, an der Parteiordnungsverfahren eingeleitet werden? Oder gehört es schon zum guten Ton, im Hause Springer zu verkehren?

A. Renger schreibt in ihrem Buch: "Für mich gibt es keine 'Linke' und keine 'Rechte': für mich gibt es nur Sozialdemokraten!" Wir meinen: Im Verhältnis zur Rechtspresse gibt es tatsächlich keine "Linken" und "Rechten", aber auch da gibt es zwei Arten von Sozialdemokraten: Solche, die sich der Rechtspresse anbiedern und solche, die dies nicht tun. Es gibt Sozialdemokraten, die Rückgrat haben und es gibt solche, die auch in 100 Jahren noch nicht gelernt haben werden, wo der politische Gegner steht. Übrigens: Georg Leber hat seine Biographie in dem gleichen Verlag herausgegeben - ebenfalls mit Vorabdruck in der "Welt"!



VorBildlich

Erfreulicherweise gibt es in der SPD aber auch Politiker, die sich nicht von Springer mißbrauchen lassen. Die Kampagne von über 500 Schriftstellern und Journalisten, die sich weigern, für Springer zu schreiben, wird von zahlreichen Politikern unserer Partei unterstützt. Sie wissen: "Springer-Zeitungen drucken nur, was Springer in sein politisches Konzept paßt oder journalistische Glaubwürdigkeit vortäuschen soll."

Der Aufruf wurde auch von verschiedenen SPD-Politikern aus unserer Gegend unterzeichnet, wir nennen nur zwei: Helga Lewandowsky und Ernst Weber. Man sieht: es gibt auch bei uns noch Sozialdemokraten mit Rückgrat!

Smog in Georgsmarienhütte

Ganz so weit ist es hier glücklicherweise noch nicht. Dennoch besteht - seit langer Zeit - Anlaß zu Besorgnis.

Als Anfang Januar an einem Wochenende eine sogenannte Inversionswetterlage war, konnte man folgendes beobachten:

Weit oben am Himmel war es strahlend blau und klar. Darunter befand sich eine braunlich-gelbe Luftschicht, die bis wenige hundert Meter über den Boden reichte. Darunter war die Luft dann wieder einigermaßen klar. (Zu beobachten war das z.B. vom Musenberg oder Dörenberg oder Lammersbrink aus)

Dieses Phänomen der Inversionswetterlage tritt hier selten auf: warme Luft schiebt sich über kalte Luft und wirkt dann wie ein Deckel auf einem Kochtopf, der Luftströmungen von unten nach oben verhindert. Unter diesem Deckel sammeln sich dann die Abgase und Emissionen. Diese können, wenn sie eine zu hohe Konzentration bekommen, zu Smog werden. So geschehen am 16. Januar in Berlin oder in den 50er Jahren in London (mit einigen tausend Toten!).

Hallenwahnsinn

Das im Schulzentrum eine weitere Sporthalle für Sonderschule, Hauptschule, Gymnasium und Realschule notwendig ist, bestreitet niemand.

Umstritten ist, ob diese Halle einen Mehrzweckbereich haben soll oder nicht.

Glücklicherweise ist das Mammutprojekt über ca 11 Mill. DM inzwischen gestorben - jetzt geht die Diskussion um eine Nummer kleiner. Wir meinen, eine Halle mit einem geplanten Fassungsvermögen von 1000 Zuschauern ist überflüssig und entspringt völlig unzeitgemäßen kommunalpolitischen Wunschträumen.

Es sollte eine venünftige Sporthalle gebaut werden - für nichtsportliche Veranstaltungen steht die Michaelis-Sporthalle zur Verfügung; dort können dann bis zu 1300 Zuschauer untergebracht werden. Bei größeren sportlichen Veranstaltungen haben dort allemal 500-800 Personen Platz.

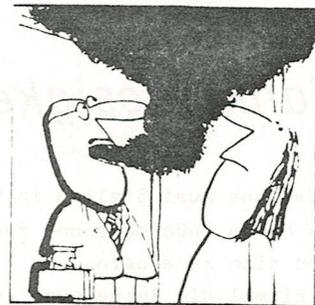
Die SPD-Fraktion hat sich inzwischen festgelegt: 5,5 Mill. DM dürfen ausgegeben werden. Keine Mark mehr. Dieser Beschluß geht in die richtige Richtung.

Soweit ist es in Gmhütte noch nicht. Jedoch hat dieser 16. Januar auch hier in Gmhütte wieder einmal gezeigt, daß auch und gerade hier in unserer Stadt die Luft - vor allem von Klöckner - ziemlich verdrückt wird. Davon können an manchen Tagen auch die Bewohner im Hakeneschfeld ein Lied singen. Beobachten kann man das, wenn man auf der B 51 unten in Oesede fährt: dort ziehen dann nämlich dicke bräunliche Schwaden nach Osten. Wer eine feine Nase hat, kann dies auch häufig in ganz Oesede-Mitte riechen!

Allein der Augenschein beweist, daß hier in Gmhütte, sprich bei Klöckner, mehr getan werden muß als bisher; uns würde interessieren, welche Stoffe hier die Luft anreichern. Es wird Zeit, daß dieses Thema in Georgsmarienhütte nicht länger tabuisiert bleibt.

Merke: Filtereinbau schafft Arbeitsplätze!

Ein Hauch aus der Gegenwart



Parteiarbeit zahlt sich aus! Bei den Wahlen in Oesede wurden folgende Jusos in den Vorstand gewählt:

Schriftführer: Detlef Hengelbrock
stellv. Schriftführer: Michael Wiek

Beisitzer: Annerose Brouwer
Klaus Hengelbrock
Rainer Korte

Rätselhaft?

"Über 40 Unfälle ereigneten sich im vergangenen Jahr an ... vier Unfallschwerpunkten im Altkreis Osnabrück. (...) Häufigste Unfallursachen waren Überhöhte Geschwindigkeit und Verletzung der Vorfahrt. Vor einem Rätsel steht die Polizei bei der Kreuzung Stadtring/Schauenroth im Stadtgebiet von Georgsmarienhütte. Trotz der großen Übersichtlichkeit und möglichst auffälliger Beschilderung kam es hier zu insgesamt sieben schweren Zusammenstößen... ."

So war es am 22. Januar 1982 in der Neuen Osnabrücker Zeitung zu lesen. Was uns dabei auffiel, war die Sache mit dem "Rätsel". Wieso ist es für die Polizei ein Rätsel, daß auf einer schnurgeraden, überbreiten Straße, die wie eine Rennstrecke aussieht, die Autofahrer auch so fahren wie auf einer Rennstrecke? Diese Strecke lädt doch geradezu dazu ein, mal so richtig Gas zu geben! Ein Rätsel ist höchstens, daß es nicht schon viel mehr Unfälle gegeben hat.

Wir haben bereits im Juli '79 in der ZDJ Nr. 8 geschrieben, daß die Straßen Stadtring, Südring und Schauenroth lineare, langgezogene Straßen seien, die in erster Linie gute und weite Sicht für den Autofahrer geben, hohe Geschwindigkeiten erlauben und dem Fußgänger kaum eine Überquerungschance liefern. Das sich durch

Gedankenlosigkeit

An mindestens zwei Stellen in Georgsmarienhütte haben Fußgänger und Radfahrer neuen Grund sich zu ärgern.

Da ist einmal die Abzweigung von der Dorfstraße in das Industriegebiet Hardeberg beim Milchhof. Bisher konnten Fußgänger relativ sicher diese Einmündung überqueren, weil abbiegende Fahrzeuge die Vorfahrt beachten mußten und deshalb auch auf Fußgänger achteten. Bei der neuen Verkehrsregelung mit abknickender Vorfahrt rasen viele Fahrzeuge mit solch einer Geschwindigkeit in die Einmündung, daß vor allem ältere Menschen und Kinder erheblich gefährdet sind.

Die andere Stelle ist beim Bahnübergang an der L95 bei Wiemann. Den Fußgängern und Radfahrern, vor allem auch besorgten Eltern, deren Kinder auf ihrem Schulweg die

diese neuen Straßen ein Unfallschwerpunkt bilden würde, war also vorauszusehen - trotz aller Warnungen bestanden die Verkehrsplaner aber auf ihren Entwürfen. Die sieben schweren Zusammenstöße im Jahre 1981 waren also kein Zufall, erst Recht kein "Rätsel", sondern sind letztlich zurückzuführen auf das Unvermögen von Verkehrsplanern und Ratsmitgliedern, von gefaßten Entschlüssen abzugehen. Die Unfälle hätten sich vermeiden lassen, wenn die Ratsmehrheit bei ihrer Entscheidung etwas mehr auf berechtigte Kritik aus der Bevölkerung gehört hätte; An den sieben schweren Unfällen im letzten Jahr an dieser Stelle tragen diejenigen Ratsmitglieder, die für den Bau derartig breiter Straßen gestimmt haben, ein gehöriges Maß Mitschuld!

Übrigens:

Im Stadtteil Kloster-Oesede wurde im Herbst des vergangenen Jahres die Straße "Im Sutarb" mit einem neuen Belag versehen. Die Arbeiten wurden ausgeführt von einer Kloster-Oeseder Straßenbaufirma; sicherlich ein Auftrag, der finanziell sehr interessant war... .

Heute nun, knapp 5 Monate nach Beendigung der Baumaßnahmen, kann der erstaunte Bürger sehen, daß die Straße bereits wieder erste Frostaufbrüche hat.

Wurde da etwa Geld zum Fenster herausgeworfen... ?

L95 passieren müssen, wurde immer gesagt, die L95 sei von Wiemann bis Dütmann zu eng, als daß eine vernünftige Regelung für Fußgänger und Radfahrer geschaffen werden könnte. Nun hatte man die Chance für einen Anfang. Wiemann hatte sein altes Bürogebäude abreißen lassen, aber natürlich die Genehmigung bekommen, seinen neuen Betonklotz an dieselbe Stelle zu setzen, ohne darauf zu dringen, zwischen Klotz und Straße einen größeren Abstand zu lassen. So entstehen Tatsachen, an die dann keiner mehr vorbei kann.

Die Jusos haben schon vor Jahren vorgeschlagen, den geplanten Fahrradweg schon an dieser Stelle die Straße überqueren zu lassen, damit für Schulkinder das gefährliche Überqueren der Straße bei Dütmann entfällt.

Oeseder Beschlüsse

Auf der diesjährigen Jahreshauptversammlung des Stadtbezirkes Oesede der SPD wurde eine Anzahl interessanter Anträge verabschiedet, von denen wir hier einige dokumentieren wollen. Wir haben jeweils die Stimmenverhältnisse mit angegeben, mit denen die Anträge beschlossen worden sind. Die erste Zahl gibt die Ja-Stimmen, die zweite die Nein-Stimmen und die dritte Enthaltungen wieder.

Wir begrüßen die Beschlüsse der Oeseder SPD und hoffen, daß diese Anträge auch bei der Jahreshauptversammlung des Ortsvereins Georgsmarienhütte eine Mehrheit bekommen.

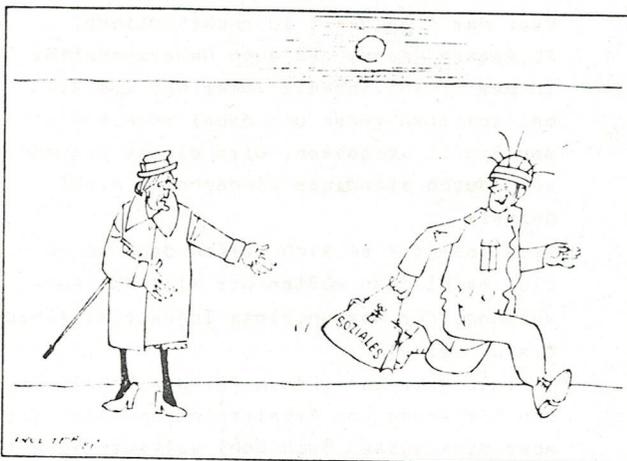
Die SPD-Oesede verurteilt nachhaltig die in der sogenannten "Operation 82" gefaßten Sparbeschlüsse der Bundesregierung und des Bundestages. Es ist für uns unerträglich und wir halten es für zutiefst anti-sozialdemokratisch, daß bei den schwächsten Gliedern unserer Gesellschaft mit dem Sparen begonnen wird: bei den Sozialhilfeempfängern und den Empfängern von Arbeitslosenhilfe und Arbeitslosengeld. Damit wurde begonnen, von Sozialdemokraten durchgesetzte sozialpolitische Errungenschaften abzubauen. ... Diese Sparbeschlüsse - die die besser und gut verdienenden Gesellschaftsmitglieder verschonen - sind ein Schlag ins Gesicht für jeden Sozialdemokraten.

Die verantwortlichen Genossen und Genossinnen in Bonn werden aufgefordert, diese Beschlüsse schnellstmöglich rückgängig zu machen.

Angenommen: einstimmig

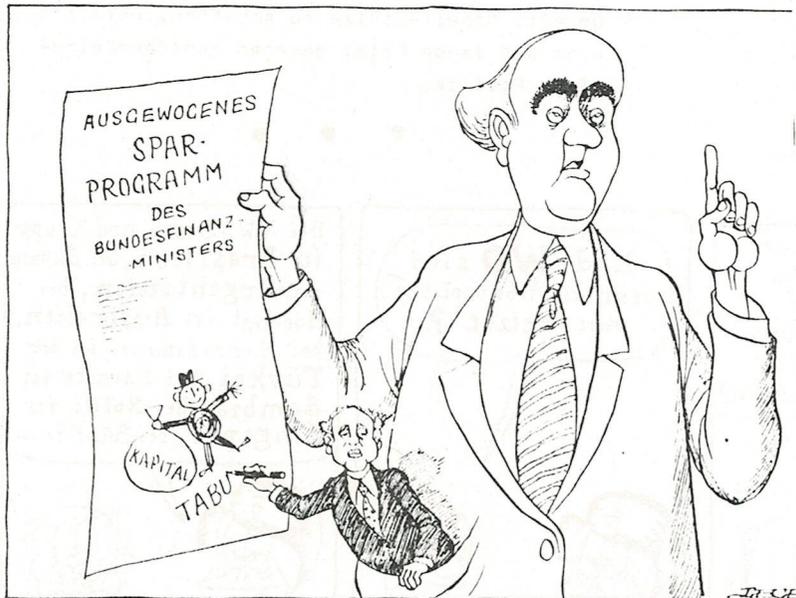
Die SPD-Oesede fordert die sofortige Aufhebung des sogenannten "NATO-Doppelbeschlusses". Die Aufstellung von Mittelstreckenraketen in Europa würde das Gleichgewicht in unserem Erdteil gefährlich verschieben und einen Atomkrieg wahrscheinlicher machen. Aus diesem Grunde lehnen wir die Aufstellung solcher Waffen unabhängig vom Ablauf der Verhandlungen in Genf ab.

Angenommen mit 28:2:0



„Entschuldige, Ormal Befehl vom US-Verteidigungsministerium!“

Mit Lambsdorffs Handschrift ...



Der Stadtbezirk Oesede führt im Herbst 1982 eine "Friedenswoche" durch. U.a. findet im Rahmen dieser Friedenswoche eine Diskussion über die sogenannte Nachrüstung statt.

Angenommen mit 27:0:3

Die SPD-Oesede verurteilt die Bestrebungen, die illegale Finanzierung der Parteien durch Steuerhinterziehung nachträglich zu legitimieren. Wir weisen diese "Reinwaschung" prominenter Persönlichkeiten aufs Schärfste zurück und fordern die SPD-Bundestagsfraktion auf, rechtsstaatliche Grundsätze zu retten.

Angenommen mit 30:0:1

Grünliche Verwirrung

In der letzten ZdJ hatten wir spekuliert, daß ein UWG Ratsmitglied bei der Wahl des Bürgermeisters mit der CDU gestimmt haben sollte (könnte).

Der verantwortliche Schreiber hat eine Rüge der Juso-AG einstecken müssen. Das ficht ihn aber nicht an!

Also im Ernst: Wir haben keine Information und auch keine Vermutungen, daß die UWG in dieser Sache die CDU unterstützt

haben könnte.

Wir bleiben allerdings bei unserer Auffassung, daß die Ablehnung eines Personalausschusses durch die UWG sehr bedenklich und ein, milde gesagt, unfreundlicher Akt gegenüber den Arbeitnehmern in der Stadtverwaltung ist.

Der Schreiber hat die Hoffnung, wieder eine Rüge zu erhalten. Daß "dieser" unterstrichen ist, ist ja ganz schön mißverständlich. Ich hab' es aber so gemeint!

Alternative Arbeitsplätze

Mit dem Ziel Arbeitsplätze zu schaffen (oder zu erhalten) wird in der BRD versucht, jedes, aber auch jedes noch so aberwitzige Projekt zu begründen. Da wurde es Zeit, auch die Notwendigkeit des Baus der A 33 damit zu rechtfertigen. Abgesehen davon, daß auch Gewerkschafter in der Öffentlichkeit immer nur von Arbeitsplätzen reden und dabei regelmäßig den Profit vergessen, wird dieses Argument auch durch ständiges Wiederholen nicht besser.

Arbeitsplätze an sich dürfen doch so kein Ziel sein! Dann müßten wir alle für Aufrüstung, für hemmungslose Industrialisierung u.s.w. sein.

Sozialdemokraten müssen für die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen sein, ja; aber dies müssen doch wohl volkswirtschaftlich sinnvolle Arbeitsplätze sein, z.B.:

- Reinigung der verschmutzten Wälder und Flüsse,
- Bau von Filter- und Kläranlagen,
- Erweiterung des öffentlichen Nahverkehrs,
- Produktion alternativer Energieerzeugungs-

- anlagen,
 - Schaffung kleiner Klassen in den Schulen,
 - Schaffung verkehrsberuhigter Zonen,
 - Bau von Rad- und Fußwegen an allen Landstraßen,
 - Bau von Bildungshäusern, Gemeinschaftshäusern u.ä.,
 - Durchführung einer Volkszählung, bei der 8000 Arbeitsplätze geschaffen werden.
- Die Möglichkeiten, sinnvolle Arbeitsplätze zu schaffen sind unbeeinträchtigt.

Wir sind es leid, bei den größten Schwachsinnsprojekten wie A 33, Gorleben, Brokdorf, Startbahn West usw., Sozialdemokraten immer als Iotschlagargument 'Arbeitsplätze' zu hören. Wer für die Schaffung von Arbeitsplätzen bereit ist, unserer Umwelt endgültig den Todesstoß zu versetzen und nicht bereit ist, für die Rettung der Umwelt, für die Wiederherstellung einer sauberen Umwelt, Arbeitsplätze zu schaffen, vertritt eine auf lange Frist gesehen menschenfeindliche Politik.



Autowahn 33

Eigentlich weiß im Augenblick niemand genau, ob, wie und wann die Autobahn A 33 zwischen Osnabrück und Bielefeld gebaut wird.

Während noch bis vor zwei Jahren von einem zügigen Bau die Rede war, hat sich seither einiges geändert in der Verkehrsplanung und vor allem im Geldbeutel des Staates. Im Verkehrsausschuß des Bundestages wurde mit den Stimmen von SPD und FDP beschlossen, die 21 Kilometer lange Strecke zwischen Harderberg und Borgholzhausen zunächst nur zweispurig zu bauen. Dieser Beschluß zeugt zwar von beginnendem Umdenken und einem gewissen Eingehen auf die Bürgerproteste, ist aber andererseits verkehrstechnisch genauso unsinnig wie eine vierspurige Straße. Allen denjenigen, die über die Straßenplanungen in unserer Gegend zu entscheiden haben, sei es noch einmal gesagt: ES GIBT BEREITS EINE GUT AUSGEBAUTE VERBINDUNG ZWISCHEN OSNABRÜCK UND BIELEFELD!

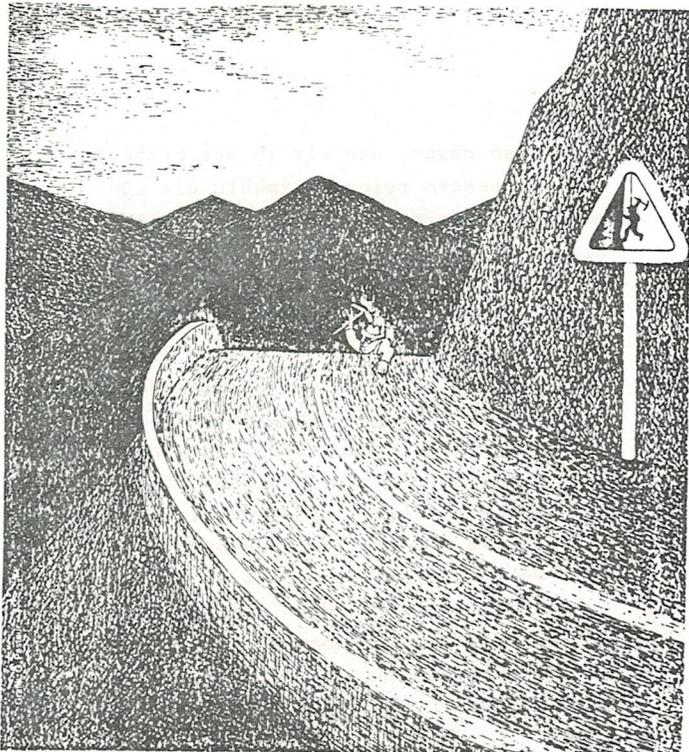
Gerade jetzt wird das letzte Teilstück der B 68, das zwischen Osnabrück und Bielefeld noch nicht optimal ausgebaut ist (ca. 10 m breit, z.T. mit Allzweckstreifen; zusätzlich von der Fahrbahn getrennte Radwege) in Kloster-Oesede am "Steiniger Turm" fertiggestellt. Diese B 68 läßt problemlos Fahrgeschwindigkeiten von 100 km/h zu, wenn man einmal von den Ortsdurchfahrten Hilter, Dissen und Halle absieht. Muß wegen dieser 3 Ortsdurchfahrten

wirklich eine Autobahn, die allein im niedersächsischen Teil knapp 400 Millionen DM kostet, gebaut werden - oder tätens da nicht auch Umgehungsstraßen? Das wichtigste Argument der Autobahnbefürworter war immer, daß der Verkehr auf der B 68 in naher Zukunft stark zunehmen würde und deshalb diese Bundesstraße als einzige Verbindung zwischen Osnabrück und Bielefeld nicht mehr ausreichen würde. Seit 1978 aber hat sich das Verkehrsaufkommen auf der B 68 nicht mehr erhöht! Einem Gutachten, das Stuttgarter Verkehrsplaner jetzt veröffentlicht haben, kann man entnehmen, daß 1990 etwa 12.600 Fahrzeuge täglich zwischen Osnabrück und Bielefeld verkehren werden. Das sind ungefähr so viele, wie schon heute täglich auf der B 51 durch Oesede fahren. Diese Belastung soll die B 68 nicht verkraften? Soll man diese 12.600 Autos etwa auf zwei Straßen aufteilen? Auf der Autobahn führen dann täglich etwa so viele Autos wie heute auf der Glückaufstraße - dafür sollen 400 Millionen Mark aufgewandt werden?

Leider hat der Plan, diese Straße zu bauen, neue Befürworter bekommen. Daß die Industrie- und Handelskammer in Osnabrück den Bau befürwortet, ist nicht Überraschend; den Unternehmern ist es lieber, das Geld wird für sinnlose Straßen verpulvert (an denen sich sogar noch einiges verdienen läßt), als daß es z.B. in das ihrer Meinung nach "überflüssige" soziale Netz gesteckt wird. Erstaunlich und enttäuschend ist aber, daß neuerdings gemeinsam mit den Unternehmern auch der DGB und leider auch die Osnabrücker SPD für diese Autobahn sind. Traurig auch, daß Verkehrsminister Hauff (SPD) nun sogar wieder eine vierspurige Trasse befürwortet!

Wir meinen, es wird Zeit, daß die Gmhütter SPD endlich eindeutig zu dem Bau der A 33 Stellung nimmt. Diese Autobahn ist sinnlos und muß deshalb von unserer Partei abgelehnt werden - vor allem, da bei der Zusammensetzung des neuen Stadtrates durchaus die Chance besteht, eine Mehrheit gegen den Bau der A 33 zusammenzubekommen. Einige Vertreter der Jungen Union, die heute als CDU-Ratsmitglieder mitentscheiden, haben sich schließlich vor der Wahl eindeutig gegen den Bau ausgesprochen...

• • •



Reaktionen

Noch keine Nummer der ZdJ hat wohl so viele Reaktionen hervorgerufen wie die letzte. Das ist für die Redaktion natürlich erfreulich, jeder Zuspruch, jedes Telefongespräch, jeder Brief sind uns willkommen - gleich ob unsere Arbeit gelobt oder kritisiert wird.

Kritik wurde von einigen Lesern vor allem an dem Artikel zu der "Polen-Hilfe" geübt, wir haben deshalb in der vorliegenden Ausgabe der ZdJ unsere Haltung zu den Vorgängen in Polen und die Diskussionen darüber in unserer AG ausführlich dargestellt.

Daneben gab es auch kritische Stimmen zu dem Artikel um die mögliche (?) SPD-Spaltung.

Es gab aber auch viele positive Reaktionen. Ganz besonders gefreut haben wir uns über einen Telefonanruf aus Kloster-Oesede, in dem die ZdJ beinahe "über den grünen Klee" gelobt wurde. Nochmals vielen Dank für diesen Anruf, hat uns gut getan!

Viel Aufmerksamkeit hat auch die Dokumentation der Wahlergebnisse von 1928 bis 1933 aus Georgsmarienhütte gefunden, wir wollen deshalb weiterhin Informationen aus jener Zeit veröffentlichen. Die Zeitung der katholischen Jugendgruppen in Kloster-Oesede, "Sprachrohr", hat in seiner neuesten Ausgabe den "Brief an Moskau" aus der letzten ZdJ übernommen.

Es spricht doch auch für unsere Zeitung, wenn andere Jugendzeitungen Artikel übernehmen, oder?

Erfreulich schließlich auch, daß auch einige Unterschriften zum Aufruf für den Krefelder Appell in der letzten ZdJ bei uns eingegangen sind. Auch dafür vielen Dank!



Wir würden uns sehr freuen, wenn wir auch auf diese Nummer wieder derartig viele Reaktionen - positive oder negative - erhielten. Sprecht mit uns, schreibt uns, ruft uns an - nur so kann die ZdJ besser werden!

CDU hat sich überlebt

Wir sind nach Erscheinen der letzten ZdJ von verschiedenen Seiten kritisiert worden.

Leider wurde ein Teil dieser Kritik wieder einmal hinter den Kulissen (z.T. als üble Nachrede) geäußert; wir Jusos wurden von diesen 'Kritikern' weder angesprochen noch nutzten diese 'Genossen' die Möglichkeit zu einer Stellungnahme in der ZdJ.

Ernst nehmen wir die in einigen Parteigremien offen angebrachte Kritik; ernst nehmen wir auch die von einigen älteren Genossen ausgesprochene Besorgnis:

Wir würden uns fast nur kritisch mit der eigenen Partei, der SPD auseinandersetzen und den politischen Gegner kaum ins Visier nehmen.

Abgesehen davon, daß wir in den bisherigen 16 Nummern rein platzmäßig die CDU häufiger aufs Korn nahmen, haben wir zu diesen Befürchtungen folgende Auffassung: Wir kritisieren die SPD, weil wir diese, unsere Partei, verändern wollen; eine solche Veränderung ist nur durch eine offene (!) Diskussion und Kritik möglich. Außerdem zeichnet es eine demokratische Partei aus, daß diskutiert wird und niemand von einer Kritik verschont bleibt. So haben wir solche Schauveranstaltungen, wie sie die CDU mit "der Jugend" in Hamburg vorführte, nicht nötig, da wir keine falsche Harmonie, sondern eine offene Auseinandersetzung haben und brauchen. Gerade weil wir uns mit der Sozialdemokratie identifizieren, wollen wir Rück-

CDU...

schläge und Enttäuschungen in und mit dieser Partei beim Namen nennen.

Ob Rechte außerhalb der Partei dies ausnutzen, ist uns völlig gleichgültig, da wir uns vor solchen Zugriffen eh nicht schützen können. Die Rechten in dieser Republik finden immer etwas, was sie Linken vorhalten können: wenn wir nicht diskutieren, haben wir eine Einheitsmeinung, wenn wir diskutieren, haben wir keine klare Linie - sei's drum.

Unser Standpunkt zu konservativen Parteien ist eindeutig - wir brauchen ihn nicht ständig wiederholen:

Die CDU und mit ihr die gesamte konservative Bewegung haben sich historisch überlebt; seit 100 Jahren sind sie politisch auf dem Rückzug, darüber können auch kurzfristige Wahlerfolge nicht hinwegtäuschen.



Jubiläum

Im Januar gab es (für alle aufrechten Antikommunisten) etwas zu feiern:

10 JAHRE BERUFSVERBOTE IN DER BRD!

Trotz vieler Abschwachungen, Absichtserklärungen, Warnungen und Parteitagsbeschlüssen der SPD (und auch der FDP!) gibt es die Berufsverbote in unserer Republik weiterhin. Millionen von Überprüfungen, einige tausend Ablehnungen von Bewerbern für den öffentlichen Dienst und eine gigantische Schnüffelei sind das Ergebnis des sog. "Radikalenerlasses". Bei vielen Bürgern unseres Staates, gerade bei der Jugend, ist das Vertrauen in die Organe des Staates nachhaltig zersört worden.

Daß sich die Berufsverbote in erster Linie gegen Linke richten würde, haben Kritiker schon bei der Einführung des Erlasses gesagt und gesehen - und so ist es auch eingetreten.

Unsere Forderung bleibt:

Weg mit den Berufsverboten, weg mit der Schnüffelei!

Aufgrund der Erfahrungen in den letzten 10 Jahren fordern wir weiter: Bessere

Insofern wissen wir, was wir von dieser Seite des politischen Spektrums zu halten haben - nichts.

Hinzu kommt, daß CDU/CSU immer nur so stark sind, wie die Linke schwach ist. Damit die SPD stark wird und ihrer geschichtlichen Aufgabe nachkommt, deshalb kritisieren wir sie (uns)!



„Und wie, Herr Stoiber, wird die Union auf Linksintellektuelle reagieren?“

tr. München

Kontrolle des Verfassungsschutzes! Eine Demokratie braucht keine willfährigen Einrichtungen, die die eigenen Bürger im Auf-



„Hier die Kommission, die prüfen wird, ob Sie auf dem Boden des Grundgesetzes stehen!“

trag der Rechten bespitzeln.

Solange Sozialdemokraten in Bundes- und Landesregierungen die Überprüfungen für den öffentlichen Dienst nicht beseitigt haben, bleiben sie unglaublich und sind Helfershelfer der Rechten.

Umverteilung

Mit diesem sogenannten "Beschäftigungsprogramm" ist der FDP-geführten Bundesregierung ein Coup gelungen, wie er unsozialer wirklich nicht sein kann. Wo sind die vernünftigen Vorschläge des DGB geblieben, wo die sozialdemokratischen Überlegungen über eine Ergänzungsabgabe zur Finanzierung beschäftigungswirksamer Staatsausgaben? Was hat die liberal-soziale Koalition statt dessen beschlossen? Den Unternehmern einen Teil ihrer Investitionsausgaben zu ersetzen; Änderungen im Mietrecht, die zu saftigen Mieterhöhungen führen werden und als i-Tüpfelchen: die Finanzierung des Ganzen!

Die Mehrwertsteuer, die gerade die Klein- und Mittelverdiener besonders trifft, wird um 1 % erhöht; als "Ausgleich" wird dafür aber im nächsten Jahr die Einkommenssteuer sinken!
 Daß man damit den Vormalverdiener schröpft und dem Großverdiener zu einem zusätzlichen Nebenverdienst verhilft, zeigt das folgende Zahlenbeispiel.
 Warum übrigens die Beschäftigung erhöht werden soll (das Ganze heißt ja "Beschäftigungsprogramm") wenn viele Kleinverdiener einigen Großverdiener ein zusätzliches "Taschengeld" zahlen, kann wohl keiner der Wirtschaftsexperten in der Bonner Koalition erklären...

Herr A

| | |
|---------------------------------------|------------------|
| Einkommen brutto: | 30.000 DM |
| Einkommenssteuer: (Steuersatz 22%) | 6.600 DM |
| Sozialbeiträge : (angenommen 15%) | 4.500 DM |
| Einkommen netto: | 18.900 DM |
| das sind im Monat: | 1.575 DM |
| Ausgaben für Konsum: | 1.500 DM |

Erhöhung der Mehrwertsteuer um 1%
 führen zu Mehrausgaben von (monatlich) : 15 DM
 das sind jährlich : 180 DM

Einkommenssteuersenkung (1%) führt zu Einsparungen von: 66 DM (jährlich)

Fazit: Herr A zahlt 180 DM mehr an Mehrwertsteuer und darf dafür 66 DM Einkommenssteuer weniger zahlen.

Herr B

| | |
|---------------------------------------|------------------|
| Einkommen brutto: | 300.000 DM |
| Einkommenssteuer: (Steuersatz 56%) | 168.000 DM |
| Sozialbeiträge : (angenommen 15%) | 45.000 DM |
| Einkommen netto : | 87.000 DM |
| das sind im Monat: | 7.283 DM |
| Ausgaben für Konsum: | 5.000 DM |

Erhöhung der Mehrwertsteuer um 1%
 führen zu Mehrausgaben von (monatlich) : 50 DM
 das sind jährlich : 600 DM

Einkommenssteuersenkung (1%) führt zu Einsparungen von: 1.680 DM (jährlich)

Fazit: Herr B zahlt 600 DM mehr an Mehrwertsteuer und darf dafür 1.680 DM Einkommenssteuer weniger zahlen.

Wenn man vielen Menschen nimmt und es wenigen Reichen gibt, so nennt man das?

Gemeinschaftsinitiative

Der Big Boss Karnevals Blues



G.M.Hütte im III. Reich

In der letzten Nummer der ZdJ haben wir Wahlergebnisse aus Georgsmarienhütte aus den Jahren 1928 bis 1933 veröffentlicht. Diese Zahlen sind bei vielen Lesern auf großes Interesse gestoßen, wie wir aus zahlreichen Reaktionen erfahren haben. Wir werden deshalb weiterhin über Georgsmarienhütte vor und während der Zeit des III. Reiches berichten.

Heute haben wir das "Gesetz über ein Betätigungsverbot für die SPD" dokumentiert, das am 23. Juni 1933 in Kraft trat. Daneben haben wir einige Meldungen aus den "Monatsberichten der Geheimen Staatspolizei Osnabrück" gesammelt, die Gmhütte betreffen. Diese Meldungen der Gestapo stammen aus dem Kurs "Nationalsozialismus in Gmhütte" unserer Volkshochschule.

25. Erlass des Preussischen Ministers des Innern über ein Betätigungsverbot für die Sozialdemokratische Partei Deutschlands vom 23. Juni 1933.²⁾

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist namentlich nach ihrer Betätigung in den letzten Tagen und Wochen als staats- und volksfeindliche Organisation anzusehen. Ich ordne daher folgendes an:

Sämtliche Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, die heute noch den Volksvertretungen und Gemeindevertretungen angehören, sind sofort von der weiteren Ausübung ihrer Mandate auszuschließen, weil ihre Weiterbetätigung eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit darstellt. Die Kreispolizeibehörden haben daher solchen Personen durch Polizeiverfügung aufzugeben, sich der weiteren Ausübung des Mandats zu enthalten, widrigenfalls ihre polizeiliche Inhaftnahme nach Maßgabe des § 1 der W. zum Schutz von Volk und Staat vom 28. 2. 1933¹⁾ (RGBl. I S. 83) erfolgen würde.

Arbeitnehmer, die der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands angehören, sind als staatsfeindlich im Sinne des Art. II des Gesetzes über Betriebsvertretungen und über Wirtschaftliche Vereinigungen vom 4. 4. 1933 (RGBl. I S. 161) anzusehen.

Über die Behandlung von Beamten, Angestellten und Arbeitern, die aus öffentlichen Mitteln Gehalt, Lohn oder Ruhegeld beziehen, wegen der Zugehörigkeit zur Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ergeht besondere Weisung.³⁾

Versammlungen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und ihrer Hilfs- und Erfahrungsorganisationen sind zu verbieten ohne Rücksicht darauf, ob es sich um öffentliche oder nichtöffentliche Veranstaltungen handelt.

Die sozialdemokratischen periodischen Druckschriften sind, soweit dies noch nicht geschehen sein sollte, bis auf weiteres zu verbieten, sonstige sozialdemokratische Druckschriften sind polizeilich zu beschlagnahmen und einzuziehen.

Vermögensgegenstände der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und ihrer Hilfs- und Erfahrungsorganisationen sind nach Maßgabe der Vorschriften der Verordnung zum Schutze von Volk und Staat vom 28. 2. 1933 und der dazu ergangenen Ausführungsvorschriften polizeilich zu beschlagnahmen...

Über die Zeit des III. Reiches in Osnabrück erzählt übrigens in einer Veranstaltung der Jusos Gmhütte der Genosse Georg Krützmann aus Osnabrück, der diese Zeit selbst noch voll mitgemacht hat. Also, den Termin bitte vormerken:

"Das III. Reich in Osnabrück"
Ein Gespräch mit dem Genossen
Georg Krützmann.

Freitag, 19.3., 19.30 Uhr
Gaststätte Heuer, Dröper

Selbstverständlich sind nicht nur Jusos, sondern auch alle älteren Genossen herzlich eingeladen!

Juli 1934

Die kommunistische Gruppe Osnabrück dehnt ihre Tätigkeit besonders auf die Kreise Osnabrück-Land und -Stadt und Bersenbrück aus. Besonders in den Orten Bramsche, Oesede und Georgsmarienhütte und den zwischen diesen und Osnabrück liegenden kleinen Orten scheint sie festen Fuß gefaßt zu haben.

Mai 1935

Am 30.4.1935 wurde der frühere Vorsitzende der SPD in Osnabrück, Wilhelm Wiltmann, wegen Herstellung und Verbreitung kommunistischer Streuzettel vom DLG Hamm zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt.

September 1935

... die evangelischen Geistlichen, entsprechend der bisherigen Taktik der katholischen Geistlichkeit, ihr Hauptaugenmerk der Vermehrung der Veranstaltungen mit rein weltlicher Tendenz richten. Eine solche Veranstaltung mußte in Georgsmarienhütte polizeilich verboten werden. Dort hatte der Superintendent Brandt die Mitglieder der Kirchengemeinde zu einem Sommerfest des Kindergottesdienstes im Forsthaus bei Gmhütte eingeladen.

POLEN

Einige ergänzende Informationen zu dem Polen-Artikel in der letzten ZdJ:

- 800 Millionen Menschen leben heute unter absoluten Armutsgrenze;
- 2,5 Milliarden Menschen haben heute ein Jahreseinkommen, das unter 900 DM im Jahr liegt;
- 50 Millionen Menschen verhungern jährlich oder sterben an den Folgen von Unterernährung;
- 15 Millionen Personen von diesen sind Kinder;
- 119 Länder der Erde (es gibt etwa 160 insgesamt) haben Hungerprobleme.

Vermutlich sind diese Zahlen so groß und diese Menschen so fern, daß sie hierzulande kaum noch jemanden interessieren; wir erinnern uns nicht, daß die Presse in so großem Stil und über 6 Wochen lang täglich auf der ersten Seite über dieses Verbrechen im Weltmaßstab jemals berichtet hätte. Vielleicht wird darüber auch mit Absicht kaum informiert, weil die meisten dieser Toten und Verelendeten auf die Spekulationen amerikanischer Lebensmittelkonzerne (und anderer) mit Getreide und anderen Nahrungsmitteln zurückzuführen sind; vielleicht liegt die fehlende Information auch daran, daß Hunger und Elend in der Dritten Welt auf der Kolonialzeit und der heutigen Ausbeutung durch westliche Firmen und Länder beruhen.

Da ist Polen ein Thema, das besser ankommt.

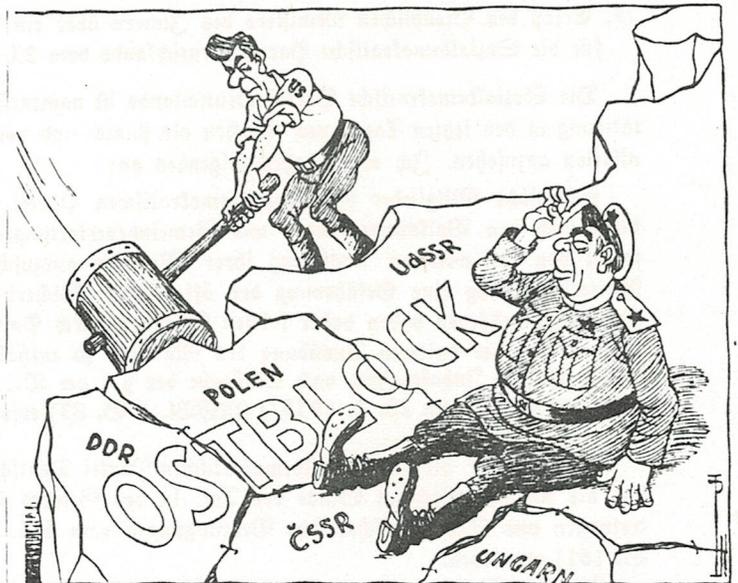
Diskussion

Große Diskussionen gab es in unserer Juso-AG bei der Bewertung der Vorgänge in Polen. Einig waren wir uns, daß die Proteste der Reagan-Regierung und anderer rechter oder konservativer Kreise gegen die Militärjunta in Polen heuchlerisch sind und deshalb von uns nicht mitgemacht werden können. Über die Frage, was wir aber machen sollten (könnten), gab es lange Auseinandersetzungen.

Es wurde vorgeschlagen, einen Brief an die polnische Botschaft in Bonn zu schreiben, in dem die Machtübernahme der Militärs verurteilt wird. Ausdrücklich sollte sich dieser Brief von den Stellungnahmen der Rechten abgrenzen, gleichzeitig aber auch deutlich machen, daß Linke eine Militär-

Strammer Antikommunismus verkauft sich besser, damit kann man mehr Politik machen, damit kann man den Leuten mehr Angst einjagen.

Tatsächlich interessieren sich diese Heuchler weder für die Menschenrechte in Polen noch anderswo.



Von Polen lernen!

Wir begrüßen die Solidarität mit Polen und wollen von der Gewerkschaft Solidarität lernen:

- für eine Wahl der Direktoren durch die Belegschaft;
- für Arbeiterselbstverwaltung der einzelnen Betriebe;
- Sendezeiten für den DGB im Fernsehen.

diktatur gegen das eigene Volk nicht dulden können.

Diesem Brief konnten nicht alle Mitglieder der AG zustimmen. Da wir uns zum Ziel gesetzt haben, möglichst keine Entscheidungen gegen Minderheiten zu treffen, also nur einstimmige Beschlüsse verabschieden wollen, wurde der Brief nicht abgeschickt.

Wir geben im folgenden jeweils einem Befürworter und einem Ablehner des Briefes die Gelegenheit, seine Meinung zu begründen.

Wir würden uns sehr freuen, wenn möglichst viele Leser uns ihre Meinung zum Problem Polen oder zu den beiden folgenden Stellungnahmen mitteilen können. Die Adresse der Redaktion findet man auf der Titelseite!

Polen 1

Es herrscht Ausnahmezustand in Polen, es hat 8 Tote gegeben, fast 5000 Menschen sind interniert, die Solidarnosć darf sich nicht betätigen.

Ausgerechnet die Rechten, die bei uns am liebsten Streiks verbieten würden, gehen für eine polnische Gewerkschaft auf die Straße.

Und die Linken? Auch sie müssen wie unsere Gewerkschaften gegen den Ausnahmezustand sein. Aber aus anderen Gründen und mit einer anderen Zielsetzung als die Rechten, denn denen geht es um die Verschärfung des Ost-West-Gegensatzes. Der Linken muß es um das genaue Gegenteil gehen: die Ausweitung der Entspannungspolitik und die demokratische Weiterentwicklung des Sozialismus in Polen.

Die Linke muß deshalb genauer fragen, was den Polen hilft. Sie muß zunächst die Ursachen für das untersuchen, was in Polen geschehen ist.

Was wirtschaftlich geschehen ist, hat Edward Böhm vom Hamburger HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung im "Spiegel" Nr. 4/82 beschrieben:

Nach den Arbeiterunruhen von 1970 sollte die wirtschaftliche Stagnation überwunden werden. Die Betriebe und Beschäftigten sollten mehr an den Produktionsentscheidungen und -ergebnissen beteiligt werden, um die inneren Produktionsreserven besser auszunutzen. Doch schon 1972 entschloß sich die Regierung, anders vorzugehen. Sie nahm im Westen Kredite auf, um Produktionsanlagen zu kaufen. Mit den auf diesen Anlagen erzeugten Waren sollten die Devisen eingebracht werden, um die Kredite zurückzuzahlen.

Dieses Konzept ging nicht auf. Zum einen ist es sehr schwierig, Technologie aus hochentwickelten Ländern in weniger entwickelte zu übertragen. Zum anderen wurden die Investitionsmittel eher im Stil von Vetternwirtschaft verteilt und nicht planvoll in den Volkswirtschaftsplan eingebracht. Außerdem waren die hergestellten Produkte im Westen kaum konkurrenzfähig.

Gleichzeitig wurden die Löhne, um die Arbeiter ruhig zu halten, erheblich erhöht und die Fleischpreise subventioniert. Und das bei einer total vernachlässigten, zum größten Teil (75%) privaten Landwirtschaft. So kam es, daß 1980 über 80% der Westexporte zur Bezahlung von Schulden benötigt wurde.

Als diese unseriöse Politik nicht mehr fortzusetzen war und drastische Preiserhöhungen

folgten, bildete sich die Solidarnosć. Sie verhinderte die Preiserhöhungen, forderte mehr Rechte für die Betriebe, die Absetzung unfähiger Funktionäre und brachte einen Erneuerungsprozeß der Gesellschaft in Gang. Die Partei wich zurück und versprach Dinge, die sie aus wirtschaftlichen Gründen gar nicht halten konnte. Es kam zu weiteren Streiks, die die wirtschaftliche Situation immer mehr verschärften.

Ein Konzept zur Lösung der wirtschaftlichen Probleme hatten beide Seiten nicht. Die Solidarnosć war total zerstritten, der Papst und die katholische Kirche waren die einflußreichsten Ratgeber für die einen.

Der andere Flügel strebte auch nach der politischen Macht und wollte Arbeitermilizen aufstellen: "Die erste Aktion der Arbeitermilizen sollte die Befreiung der Zentrale von Radio und Fernsehen sein. Sofort muß ein sozialer Rat für nationale Ökonomie geschaffen werden. Dies wird so etwas wie eine provisorische Regierung sein. Die Regierung muß schließlich gestürzt werden, bloßgestellt und jeder Glaubwürdigkeit beraubt..." (Z. Bujak auf der Sitzung der Verbandsführung von Solidarnosć am 2.12.81 in Radom)

Nach dem 13. Dezember fühlten sich die Rechten bei uns betrogen. Seit über einem Jahr hatten sie auf den Tag gewartet, an dem die Russen einmarschieren.

Die Linke hingegen wurde enttäuscht, daß es nicht gelang, auf Verhandlungswegen zu einer Lösung der Probleme und zur Demokratisierung des Sozialismus in Polen zu kommen.

Aber das sollte uns nicht darüber hinwegtäuschen, daß es seit diesem Tag immer noch eine kleine Chance gibt, daß die Polen ihre Probleme lösen können: wenn es einer ehrlichen Partei und Regierung gelingt, eine auf ihre gewerkschaftlichen Aufgaben beschränkte Solidarnosć beim wirtschaftlichen Aufbau Polens partnerschaftlich zu beteiligen.

Meiner Meinung nach hilft man den polnischen Arbeitern nicht durch Protestbriefe, sondern dadurch, daß man bei uns dafür sorgt, daß Polen weiterhin Kredite und wirtschaftliche Hilfe zum Aufbau von Industrie und Landwirtschaft bekommt. Dies kann nur gelingen, wenn die Entspannungspolitik gerettet wird. Wenn es Reagan, Strauß, Kohl und Co. gelingt, zur Politik des Kalten Krieges zurückzukehren, dann wird sich in Polen nichts mehr bewegen. Auch bei uns würde diese Politik nicht ohne Folgen bleiben und die Kriegsgefahr erhöhen.

Polen 2

Eines gleich vorweg: Für heuchlerische Solidaritätsbekundungen mit den polnischen Arbeitern, wie sie tagtäglich in der westlichen Welt von rechten Gewerkschaftshassern und Diktaturenfreunden angestimmt werden, habe ich keinerlei Sympathie. Trotzdem dürfen meiner Meinung nach auch Linke in der BRD zu den Vorgängen in Polen nicht schweigen. Ich will diese Meinung hier begründen:

1. Militärregierungen können für Linke nicht akzeptabel sein

Die demokratische Linke ist - seit den Zeiten Rosa Luxemburgs - für einen demokratischen, pluralistischen Sozialismus eingetreten. Sozialismus soll nicht durch eine kleine Elite den Menschen aufgezwungen werden, sondern von der Mehrheit der Bevölkerung getragen werden.

Die Machtübernahme einer Militärjunta, die in der Regel nur von einer kleinen Gruppe der Bevölkerung unterstützt oder gewollt wird, kann daher für einen Linken nicht akzeptabel sein. Dabei spielt es keine Rolle, ob diese Militärjunta den Regierten gegen deren Willen rechte oder "linke" Politik aufzwingen will, ob sich diese Junta kapitalistisch oder "sozialistisch" nennt. Verhaftungen und Internierung von Tausenden von Menschen auf Geheiß einer herrschenden kleinen Militär-Clique müssen Protest und Verurteilung bei uns Linken hervorrufen, gleich ob es um Polen, El Salvador oder die Türkei geht.

2. Die Gewerkschaft Solidarnosc war - auch - eine sozialistische Bewegung

Für mich als Sozialisten wird die Machtübernahme der Militärs in Polen deshalb besonders schlimm, weil damit eine Weiterentwicklung in Richtung auf einen besseren Sozialismus abgebrochen worden ist. Die Solidarnosc war doch auch eine sozialistische

Bewegung, die Forderungen der Gewerkschaft nach Arbeiterselbstverwaltung und Demokratisierung der Gesellschaft allgemein sind doch alte Forderungen der sozialistischen Arbeiterbewegung!

Natürlich gab es innerhalb der Solidarnosc auch Kleinbürger, Konservative, Antikommunisten. Natürlich war die Solidarnosc stark von Katholizismus beeinflusst. Aber ist es nicht ein typisches Merkmal aller Befreiungsbewegungen, daß sie versuchen, ein breites Bündnis aller gesellschaftlichen Gruppen zu bilden? Sind nicht z.B. die Sandinisten in Nicaragua gerade deshalb so erfolgreich gewesen, weil sie sozialistische Arbeiter, indianische Kleinbauern, bürgerlichen Mittelstand und kritische Intellektuelle im Widerstand gegen den Diktator Somoza vereinten? (Übrigens war auch in Nicaragua der Einfluß der Kirche auf die Sandinisten nicht unbedeutend...) Für die Beurteilung der Solidarnosc ist nicht wichtig, welche Kräfte überhaupt in der Gewerkschaft mitarbeiteten; wichtig ist auch nicht, was einzelne Mitglieder an reaktionären oder sozialistischen Thesen verbreitet haben - wichtig für die Einschätzung der Gewerkschaft kann doch nur die "offizielle Linie", die Mehrheitsmeinung sein. Die aber war nicht reaktionär oder kleinbürgerlich, sondern von sozialistischen Grundforderungen geprägt - man sehe sich nur mal die sog. "Danziger Vereinbarungen" an, in denen u.a. den Betrieben größere Freiheit zugesichert und die Schließung von privaten, sog. "kommerziellen" Läden (die Fleisch zu überhöhten Preisen verkauften), angeordnet wurde.

Fazit: Es gab viele unterschiedliche Strömungen innerhalb der Solidarnosc, die Mehrheit der Gewerkschaft aber war auf einem Weg, der zu einer Weiterentwicklung des Sozialismus hätte führen können.

Aufkleber, von Solidarnosc verteilt

„CENZURA PODOBNIJE JAK
NIEWOLNICTWO NIGDY
NIE MOZE BYC PRAWEM.
CHOCBY ISTNIALA TYSIACE
RAZY W FORMIE USTAW“
K. Marks



Dem Sinne nach:

Zensur ist wie die Unfreiheit. Sie kann nie recht sein, auch wenn sie tausendmal in Gesetze gegossen ist.

Karl Marx

Polen 2

3. Die Rechten dürfen nicht bestimmen, wann wir reden und wann wir schweigen

Wir sehen heute im Westen eine ungeheure Heuchelei: Politiker, die über zu großen Gewerkschaftseinfluß ("Gewerkschaftsstaat") bei uns lamentieren, entdecken plötzlich die Rechte der Arbeiter (natürlich nur in Polen!). Leute, für die Militärdiktatoren im Westen lobenswerte Garanten von Recht und Ordnung sind, rufen nun plötzlich nach Demokratisierung (natürlich nur in Polen!). Viele Linke meinen, wenn auch Sozialisten gegen die Militärjunta in Polen protestieren, könnten sie mit diesen Heuchlern in einen Topf geworfen werden.

Aber Genossen, kann es denn sein, daß wir zu allen Themen schweigen müssen, zu denen die Rechten den Mund aufreißen? Dürfen wir uns von denen vorgeben lassen, wann wir reden dürfen und wann wir zu schweigen haben? Sollte es denn tatsächlich völlig unmöglich sein, uns von diesen Heuchlern abzusetzen

und trotzdem gegen die Militärdiktatur zu protestieren?

Wir haben doch die besseren Argumente: Wir sind für Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft in Polen - und Überall sonst auf der Welt! Wir sind gegen Militärdiktaturen in Polen - und Überall sonst auf der Welt! Wir sind für Arbeiterselbstverwaltung in Polen - und Überall sonst auf der Welt! Die Rechten reden nur von Polen, sonst haben sie immer geschwiegen - das weiß auch der "kleine Mann auf der Straße", das zeigt Reagan ihm ja immer wieder (Besuch Weinbergers in der Türkei, Militärhilfe für El Salvador...)

Die Rechten haben zu Menschenrechtsverletzungen im Westen geschwiegen, sie haben nicht das moralische Recht, jetzt zu lamentieren. Wir haben Menschenrechtsverletzungen angeklagt, wo immer in der Welt sie auch stattfanden, darum haben wir jetzt auch das Recht, zu Polen unseren Protest zu äußern.

Fangen wir endlich an damit!

Gedenkstein

In der letzten Zeit scheint in der Öffentlichkeit der Eindruck entstanden zu sein, daß wir unser Anliegen, einen Gedenkstein für die Opfer des Nationalsozialismus in Georgsmarienhütte zu errichten, aufgegeben haben.

Das stimmt nicht! Obwohl wir leider feststellen mußten, daß die jahrzehntelange Verdrängung wirkt, machen wir weiter. Wir sammeln weiter, bzw. wir versuchen Informationen zu sammeln über den gewöhnlichen Faschismus in Georgsmarienhütte. Das hat nichts zu tun mit der Wahlergebnissammelei im Kurs der Volkshochschule. Vorwärts geht es auch mit den Spenden auf unser Sonderkonto zur Errichtung des Gedenksteines, das Konto bei der Volksbank Oesede Kto. Nr. 17 455

Der neue Kontostand ist 1 026,-- DM.

Am 19. März 1982, 19.30 Uhr, in der Gaststätte Heuer in Dröper, wird Georg Kruezmann, alter Genosse aus Osnabrück, über die Zeit des 3. Reiches in Osnabrück erzählen. Dazu laden wir alle Interessierten herzlich ein.

Daß es auch Rechte Terroristen gibt, ist nicht mehr zu leugnen, da werden wir unsere Stimme voller Empörung erheben...



... nur kommt es gleichzeitig darauf an, nachzuweisen, daß die rechten Terroristen Schüler der RAF sind, sozusagen also, wenn man dies...



... ohne Scheuklappen zu Ende denkt, daß sie in letzter Konsequenz folgerichtig dem (linken) Spektrum zuzuzählen sind.



Wir rufen Dich zum Widerstand

gegen eine Politik
der vollendeten Tatsachen
gegen eine Politik
der sozialen Reaktion
gegen eine Politik,
die nur den Generälen und
Rüstungslieferanten
Vorteile bringen wird!

**Der Tag der Abrechnung mit dieser
Politik wird kommen! Dann sei auch
Du bereit und fordere Dein Recht!**

Sozialistische Jugend Deutschlands

Bezirksverband Hessen Nord
gez. Holger Börner

Wir unterstützen unseren Genossen Holger
Börner:

Wir sind gegen die unsozialen Sparbeschlüs-
se, gegen die Militärpolitik der NATO,
gegen die Politik der vollendeten Tatsachen
bei der Startbahn West, in der Atompoli-
tik, und, und, und...